

II-14963 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

B M  
W F

GZ 10.001/141-Pr/1c/94

Herrn Präsidenten  
 des Nationalrates  
 Univ. Prof. Dr. Heinz FISCHER  
 Parlament  
 1017 Wien

6985/AB

1994-11-03

zu 7126/1J

MINORITENPLATZ 5  
 A-1014 WIEN  
 TELEFON  
 (0222) 531 20-0  
 DVR 0000 175

wien, 2. November 1994

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 7126/J-NR/1994, betreffend Verwirklichung des Baues einer neuen Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck II, die die Abgeordneten Dr. RENOLDNER, Freundinnen und Freunde am 28. September 1994 an mich gerichtet haben, beehebe ich mich wie folgt zu beantworten:

1. Sind Sie im Besitz einer schriftlichen, verbindlichen Zusage des Tiroler Landeshauptmannes oder eines Tiroler Landtagsbeschlusses
  - a) betreffend eine Mitgliedschaft des Landes Tirol im Trägerverein des Managementzentrums, sowie
  - b) betreffend die Finanzierung der gesamten (!) Baukosten (dh. entweder die Gewißheit, daß 70 Millionen nicht überschritten werden, oder eine darüber hinausgehende Zusage seitens des Landes Tirol)?

Antwort:

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung liegt der Beschuß der Tiroler Landesregierung über den Beitritt des Landes Tirol zum Verein "Trägerverein Managementzentrum Tirol" als ordentliches Mitglied sowie der Beschuß des Tiroler Landtages zur Bereitstellung der für den Betrieb des Managementzentrums Tirol notwendigen Räumlichkeiten im Umfang von Herstellungskosten bis zu einem Maximalbetrag von S 70,000.000,-- vor. Eine

- 2 -

darüber hinausgehende Verpflichtung des Landes aus dem Titel "Raumschaffung" für das Managementzentrum Tirol ist mir nicht bekannt.

**2. Haben Sie mit der BIG eine Vereinbarung über die Festlegung des künftigen Mietpreises getroffen?**

**Wenn nein: Warum wurde dies im Unterschied zur Grazer Re-So-Wi Fakultät unterlassen?**

**Antwort:**

Mit einer Vereinbarung über die Erstellung von Mietvertragsangebotsunterlagen hat das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung die Bundesimmobiliengesellschaft zur Erstellung eines verbindlichen Mietangebotes für einen Neubau für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Innsbruck beauftragt. Aufgrund dieses Vertrages wird die Bundesimmobiliengesellschaft dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ein baugenehmigtes Gebäude mit einer detaillierten Kostenberechnung, ausgehend von baulichen Herstellungskosten von S 465,000.000,--, auf Preisbasis Februar 1994, ohne Planungs-, sonstige Neben- und Finanzierungskosten sowie Umsatzsteuer, zur Anmietung anbieten.

Der Bundesminister:

